

Erzgeb. Volksfreund.

Tageblatt für Schneeberg und Umgegend.

Telegramm-Adresse:
Volksfreund Schneeberg

Fernsprecher:
Schneeberg 51.
Aue 25.
Schwarzenberg 19.

Amtsblatt für die königl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johanngeorgenstadt, Lößnitz, Neustadt, Schneeberg, Schwarzenberg und Wildensels.

Der "Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Feiertagen. Abonnement Preisschätzlich 1 Mark 80 Pf.
Inseraten werden pro Seite kleine Seite mit 10 W., im mittleren Maße mit 20 W., im größeren Maße mit 30 W., in der höchsten Größe mit 50 W. berechnet; tabellarischer, abgerundeterlicher Preis nach erhöhtem Tafel.

Nr. 25.

Freitag, 31. Januar 1896.

Volkszeitungstafel Nr. 2160.

49.
Jahrgang.

Inseraten-Kosten für die am Nachmittag erschienene Rüttner bis Mittag 11 Uhr. Eine Bürigkeit für die möglichste Aufnahme der Inseraten ist, dass an den vorausgehenden Tagen sowie an bestimmten Tagen wird nicht gegeben. Rüttnerliche Anträge nur gegen Bezahlung. Für Rüttner eingesetzte Manuskripte macht sich die Redaktion nicht verantwortlich.

Offizielle Sitzung des Bezirksausschusses zu Schwarzenberg

Sonnabend, den 8. Februar 1896

von Nachmittag 2 Uhr an

im Verhandlungssaale der unterzeichneten Amtshauptmannschaft.

Die Tagesordnung ist aus dem Anschlag in der Haushalt des Amtshauptmannschaftlichen Dienstgebäudes zu entnehmen.

Schwarzenberg, am 29. Januar 1896.

Königliche Amtshauptmannschaft.
Fhr. v. Wiesing.

Das Goldstück der Firma H. L. Hoehnel in Aue ist heute auf Fol. 241 des Handelsregister für Neustadt, Aue und die Dörfchen verlaubt worden.

Schwarzenberg, den 27. Januar 1896.

Königliches Amtsgericht.
Walter.

Größere, sowie kleinere Capitalien kann z. B. unter den günstigsten Bedingungen abgeben.

die Sparkasse der Stadt Lößnitz.

Gesucht ist Besitzurkunde, Brandassessur und Felsenabschrift beizeugen.

sollen

4

Zur Lage in Spanien.

Die gubernamentalen Machteren Blätter weisen darauf hin, dass General Wyler bei seiner Ankunft auf Kuba eine bessere Lage vorfinden werde, als sie in dem Augenblick gewesen, da ihm das Oberkommando übertragen worden. Die Insurgenten haben die Provinz Matanzas wieder gesamt, das scheint festgestellt. In den Drohberichten aus Havanna wird aber seit dem Abgang des Marschalls Martinez Campos auch regelmäßig versichert, dass ihre Führer entmachtet seien. Dieser stereotypen Bericht empfiehlt der ganzen Bevölkerung gegenüber Vorsicht. Das wäre doch merkwürdig, wenn die Aufständischen von dem Augenblick an die Hoffnung auf Erfolg ausgeglichen hätten, wo der General, der bis dahin als Spaniens stärkster und ruhmvollster Feldherr galt, den Kommandostab aus der Hand legte. Viel wahrscheinlicher ist es, dass die Rebellenführer der neuen Situation gegenüber erst ihre eigene Haltung zeigen wollen und demgemäß auch militärisch eine abwartende Stellung eingenommen. Die letzte amtliche Depesche aus Havanna meldet, Oberst Molina habe 600 Aufständische unter dem Befehl von Bienvenido geschlagen und sich des Landes der Insurgenten in Guanajay in der Provinz Pinar del Rio bemächtigt. Das mag, wörtlich genommen, ganz wahr sein, bedeutet aber vielleicht trotzdem so gut wie nichts. Die Insurgenten pflegen sich beim Herannahen stärkerer Truppen über von selbst zurückzuziehen, und ihre leichtbeweglichen Siedlungen oder Reitereikräfte lassen im "Lager" schwierig viel schädlicheren Beute zu. Martinez Campos hat das Misgeschick gehabt, sich in seinen politischen Berechnungen zu täuschen. Die Unterstützung, die er von den gewählten, einer Verschärfung mit dem Ministerium unter gewissen Bedingungen geneigten Elementen erwartete, ist ausgeschlossen. Ob sein Nachfolger auf eine rein militärische Machtentfaltung verzichten und ob er mit einem derartigen System eventuell mehr Glück haben wird, muss abgewartet werden.

Jedenfalls wird die weitere Entwicklung der politischen Zustände im Ministerium ebenso gut eine Entwicklung über auf den Gang der Dinge auf Kuba, wie die kubanische Revolution über die politischen Verhältnisse des Ministeriums eingewirkt hat. Die innerpolitische Lage in Spanien hat ihre heutige Gestaltung wesentlich durch den Ausbruch des Aufstandes auf Kuba erhalten und sie ist augendichtlich eine sehr gespannte. Bekanntlich war im März vorheriges Jahres das liberale Ministerium in eine äußerst schwierige Lage gebracht worden durch die Haltung des Offizierkorps der Armee, welches, durch Preihargüsse gereizt, ungefähr ein Ausnahmegesetz gegen Journals und Journalisten forderte. Alle Differenzen zwischen Presse und Herrschaftsbeamten sollen fortan nicht vor dem Schwarzenhof, sondern vor dem Militärgerichten aufgetragen werden. In sich unheimig, stöhnte sich das Ministerium der Lage nicht gewusst und trat zurück. So wie die Dinge heute in Spanien stehen, kommen als Ministerpräsidenten immer nur zwei Kandidaten einsichtig in Frage. Erst Sagasta zurück, so kommt Canovas del Castillo an die Reihe, und umgekehrt. Herr Canovas del Castillo war bereits, die Regierung zu übernehmen, wenn Sagasta ihm die Sicherung gab, dass die liberale Kammermajorität ihm zunächst keine Schwierigkeiten bereiten werde, unter der Bedingung, dass die Kammer über das von der liberalen Regierung angekündigte Budget zu beschließen hätte.

Die Sicherung erfolgte und Canovas trat die Regierung an mit einer oppositionellen Kammermajorität. Sein Plan war, das Budget anzunehmen zu lassen, dann die Cortes

aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. Aber als der Ministerpräsident sich eben anschickte, nach Votierung des Budgets seinen Platz zur Ansiedlung zu bringen, da traf die unheilvolle Nachricht aus der großen Antille ein. An eine Cortesablösung war vorsichtig nicht zu denken. Die Volksvertretung musste zunächst die für den Feldzug zögligen Kreide bewilligen. Als das erfolgt war, wurde bloß die Schließung der Session befürchtet, da während des Kriegszustandes auf Kuba dort keine Wahlen vorgenommen werden konnten. Man glaubte auch damals, dass es dem Marschall Martinez Campos in kurzer Frist gelungen sein würde, den Aufstand niederkutzen.

Heute ist die Dauer des kubanischen Aufstandes unabschätzbar geworden und man begreift, dass Herr Canovas wenig Lust verspürt, wegen der Schwierigkeiten, welche die Vornahme der Wahlen auf der Antille mit sich führen würde, noch aus lange hinaus mit der gegenwärtigen Kammermajorität weiter zu wirtschaften. Ebenso wenig ist aber auch Sagasta geneigt, in diesem Augenblick die Geschäftsführung der konservativen Regierung anzutreten und für die Fortführung der politischen Geschäfte selbst die Verantwortlichkeit zu übernehmen. Die Auflösung der Cortes bildet zur Zeit den Gegenstand leidenschaftlichster Erörterungen in der spanischen Presse. Die konservativen Blätter bezeichnen diesen Entschluss als unvermeidlich. Die oppositionellen Gruppen drohen mit vollständiger Abstimmung, falls Herr Canovas Neuwahlen vornehmen wollte. Nach bisheriger Erfahrung wäre ja die Mehrheit der jüngsten Regierung gesichert, die die Wahlen vornimmt. Sagasta erklärte in seinem Organe "La Verdad", dass seine Partei nur das Wohl des Vaterlandes im Auge habe und der Regierung in der Bekämpfung der fabianischen Intraktion bedingungslos zur Seite stehen wolle. Bei diesem Zwecke werden wir Alles bewilligen, was die Regierung von uns verlangt. Ich verlange die Übernahme der Leitung der Geschäfte keineswegs, denn diese hat unter den jetzigen Umständen gar nichts Verlockendes; die Auflösung der Cortes wäre jedoch ein so gefährlicher, so wahnwitziger Schritt, dass wenn ihn Canovas thun sollte, ich keinen Anstand nehmen würde, sofort das Regiment für mich zu übernehmen."

Im Laufe der nächsten Woche wird der Marschall Martinez Campos wieder in Madrid eintreffen und jedenfalls nach dieser oder jener Richtung hin Entschluss auf den Gang der Dinge nehmen. Herr Canovas del Castillo verhält sich vorerst noch zurückhaltend; er erklärt im letzten Ministerrat, er werde die Kammer "im geeigneten Moment" einberufen.

Lagegesichte.

Deutschland.

— Die gestrige (26.) Sitzung des Reichstags endete der Präsident Fhr. v. Bülow um 1 Uhr 20 Minuten. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag Ritter, Barth, betreffend Sicherung des Wahlgeheimnisses. Abg. Ritter (Reich.) weiß zur Begründung auf die Annahme des Antrages durch den Reichstag in der vorigen Session hin.

Abg. Bassemann erklärt, dass die Nationalliberalen für den Antrag eintreten werden, da Missstände bezüglich der Sicherheit des geheimen Wahls seien.

Abg. Dr. Schröder (B.) erklärt, dass Gentlemen werde dem Antrag mit Entschiedenheit zustimmen. Schon Abg. Windhorst habe die Gründe dargelegt, welche für die Nothwendigkeit einer strengeren Bewahrung des Wahlgeheimnisses sprechen.

Abg. Fhr. v. Stumm (Rp.) bemerkt, es gäbe immer

Wuk- und Brennholz-Auction auf Pfannenstieler Reviere.

Im

Rathskeller in Aue

Dienstag, den 4. Februar 1896,

von Vermittlungs 1/11 Uhr an,

1662 Rodelholz-Säume von 10-22 cm Rittenstärke,
59 : 28-37 :
17 : Röder : 10-22 : Oberfläche,
24 : 23-43 :
486 : Stangen : 10-18 : Unterfläche,

Abh. 3-18

von Nachmittag 2 Uhr an,

20 Km. licht. Ruhrollen, 2 m lang,
2 : harte und 107 Km. weiße Scheite und Rollen,
152 : weiches Holzholz,
33 : Schneidekreisig,
100 Wellen hartes und 200 Wellen weiches Reisig

Abh. 1-18

unter den üblichen Bedingungen versteigert werden.

Fürstlich Schönburgische Forstverwaltung Pfannenstiel.

einfache Elemente, welche die Heiligkeit des Wahlgeheimnisses durchdrücken wollten, man möge ein Beispiel machen, welches man wolle. Auch bei Durchführung der Ritterischen Vorschläge würden Beauftragungen stattfinden, namentlich Verwechslungen bei Abgabe der Betteil häufig vorkommen. Fürst Bismarck habe im Jahre 1866 im Abgeordnetenhaus vorgeschlagen, dass stets offen Betteil abgegeben werden sollen. Wollte man alle Liebhabende besetzen, so sollte man die geheimen Stimmenabgabe abschaffen.

Abg. Bloß (Rp.) weist auf die Bestrebungen, welche das Wahlrecht in Sachsen ändern wollten, um die Sozialdemokraten aus dem Landtag zu entfernen, hin. Vorfälle, wie sie Herr v. Stumm erwähnt, können bei jeder Wahl vor und liegen sich kaum vermeiden. Die Herren von rechts würden gewiss genau das jetzige Wahlrecht bestätigen, namentlich die geheime Abstimmung, wenn die geringste Aussicht dazu vorhanden wäre. Wenn das Haus sich für die Abänderungsanträge erklärte, so erklärte es sich damit indirekt für Erhaltung des gegenwärtigen Wahlrechts. Deshalb stimmten die Sozialdemokraten für den Antrag.

Abg. Oberst (antif. Rp.) will das Wahlrecht, welches man einmal habe, in jedes Weise schützen. Deshalb wolle seine Partei für den Antrag stimmen, obwohl sie im Einzelnen Abänderungen wünsche.

Abg. Bisch (frei. Rp.) meint, der Antrag wäre so oft erörtert, dass er vollkommen sprachlos erscheine. Man müsse endlich eine absolute Sicherung des Wahlgeheimnisses haben.

Abg. v. Wolszlegier erklärt, dass auch die Wahlen für den Antrag eintreten würden, damit die Wahlfreiheit auch bei politischen Bevölkerung gewahrsam sei.

Abg. Großer (B.) hält eine Kommissionserörterung ebenfalls für abschaffbar, die Frage sei in früheren Sessonen hinlänglich geprüft. Ganz einig werde man über alle Vorschläge zur Sicherung des Geheimnisses nie werden, da man schon darüber im Reichstag nicht einigen konnte, ob Wahlzettel weiß oder blaugrau seien. Eine allgemeine Wahl ohne geheime Wahl sei unbeschreibbar, sie entspricht der allgemeinen Wehrpflicht, der allgemeinen Steuerpflicht.

Rathskeller sich noch für den Antrag Abg. Windhorst (Reform) gekämpft hat, welcher im Gegensatz zu seinem Parteigenossen Dr. Höpfer die Kommissionserörterung verwirkt, verweist Abg. Dr. Schönlanck (Soc.) auf den Versuch der konservativen und nationalliberalen Partei in Sachsen hin, dort das Dreiklassenwahlrecht einzuführen und zwar mit Unterstützung der jüdischen Regierung.

Präsident Freiherr v. Bülow hält den Redner, zur Sache zu kommen.

Abg. Dr. Schönlanck (Soc.) schlägt, dass der Reichstag allen Grund habe, Angriffe auf das Wahlrecht abzuwenden.

Sächsischer Bevölkerungstypus Graf von Hohenholz führt aus: Der Herr Präsident hat bereits gesagt, dass die Angelegenheit der Aenderung des sächsischen Wahlrechts hier nicht hergehoben. Sollte das sächsische Wahlrecht aber gekämpft werden, so ist lediglich die Partei des Vorredners daran schuld. (Becken links.) Man hat das sächsische Wahlrecht in das jüdische Kammer angegriffen — die Partei des Vorredners nämlich —, weiter ist darüber nichts zu sagen. (Becken rechts.) Graf zu Limburg-Stirum (konf.) konstatiert, dass die Partei des Abg. Windhorst in Verhängung und Beauftragung seiner Partei, auch der am weitesten links stehenden durcheinander nicht nachsteht. Eine Reform des Reichstagswahldurchgangs nur nach einer Seite vorzunehmen, sagt Redner, hätte ich nicht für richtig. Das, was jetzt vorgeschlagen ist, ist un-